

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1930

12 (15.1.1930)

Volkstreu und

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE VOLK MITTELBADENS

Anzeigenpreise Die 10 gepaltene Millimeterzeile kostet 12 Pfennig, Gegenüber-
setzung 20 Pfennig o. Bei Wiederholung Rabatt nach Text, bei der Nichtbeachtung des
Belegens, bei gleichzeitiger Verbreitung und bei Anzeigen außer Kraft tritt o. Erläuterung
von Geschäftsbedingungen in Nummer 1. 2. o. Schluß der Anzeigenannahme 4 Uhr normallies

Beilagen: Illustrierte Wochen-Beilage „Volk und Zeit“
Die Musikstunde / Sport und Spiel / Heimat und Wandern
Sozialistisches Jungvolk / Frauenfragen — Frauenclub

Bezugspreis monatlich 2.50 Mk. o. Ober-Jahresbeitrag 2.20 Mk. o. Durch die Post 2.60 Mk.
Einzelhefte 10 Pf. Samstags 15 Pf. o. Erscheint 6 mal wöchentlich
vor mittags 11 Uhr o. Postzeitung 2050 Karlsruhe o. Geschäftsstelle und Redaktion Karls-
ruhe 1. 2. Mühlstraße 26 o. Fernruf 7020 und 7021 o. Postfach 211111. Darfisch, Meyer-
straße 22. Toden-Doban, Adolphstraße 6; Raßl, Rosenstraße 2. Offenburg, Gutenbergstraße 81

Nummer 12 Karlsruhe, Mittwoch, den 15. Januar 1930 50. Jahrgang

Einrenkung im Haag

Schacht stimmt Mitarbeit der Reichsbank zu fort mit Schacht!

Keine Aenderung des Reichsbankstatuts?

Ungenügende Vorschläge

Das Reichskabinett veröffentlicht über seine am Dienstag nach-
mittags abgehaltene Sitzung über die Vorgänge im Haag folgendes
Communiqué:

„Das Reichskabinett hat sich mit dem Gang der Haager
Verhandlungen befaßt und soweit ein Ergebnis vorliegt, der Salu-
tation der deutschen Delegation zugestimmt.“

Nachdem die Reichsregierung im Zusammenhange mit dem Reichs-
bankpräsidenten die Reichsreditgesellschaft AG. und die
Preussische Bank (Seehandlung) erkaufte hat, an Stelle der
Reichsbank bis auf weiteres als Gröndner der Bank für internatio-
nale Zahlungsausgleich aufzutreten, haben sich die Banken zur
Beteiligung bereit erklärt.“

Diese Verlautbarung der Reichsregierung wird durch folgendes
Communiqué ergänzt, das die deutsche Delegation am Dienstag
nachmittags im Haag veröffentlichte:

„Die deutsche Delegation wird in der Mittwochssitzung die
notwendigen Schritte tun, um die Beteiligung an der Reichs-
bank an der Bank für internationale Zahlung gesetzlich zu ge-
währleisten.“

Der Reichsbankpräsident hat in einer Besprechung mit
dem Reichsfinanzminister eine Erklärung abgegeben, daß er sich den
aus dem Vorgehen der Reichsregierung ergebenden Verpflichtungen
nicht entziehen werde.

Damit ist die Mitwirkung der Reichsbank gesichert.“

Diese Verlautbarung des Reichskabinetts ist in diesem Zusammen-
hang so zu verstehen, daß Seehandlung und Reichsreditgesell-
schaft solange als Plankonten der Reichsbank zu fungieren haben,
bis die erforderlichen Änderungen beim Reichsbankstatut getrof-
fen sind. Es bedeutet eine persönliche Niederlage des Reichsban-
kpräsidenten Schacht. Damit kann jedoch die Wäre Schacht nicht
erledigt sein. Es genügt nicht, daß Herr Schacht in diesem bestimm-
ten Falle klein beigeben hat, sondern es müssen im Interesse des
Ansehens und der Autorität der Reichsregierung Vorkehrungen ge-
troffen werden, damit sich Schacht nicht noch einmal als Staat im
Staate zeigen kann. Der Ort dafür ist das neue Reichsbankstatut.
Umso bedenklicher muß daher folgende Meldung unseres Haager
Sonderberichterstatters klingen:

Haag, 14. Jan. (Sig. Draht.) Die deutsche Delegation beabsichtigt
keine Aenderung des Reichsbankstatuts vorzunehmen.
Es wird erzwungen, in das Schlußprotokoll der Haager Konferenz
einen Passus aufzunehmen, daß es zu den Obliegenheiten der
Reichsbank gehöre, sich an der Bank für internationale Zahlungen
zu beteiligen. Finanzminister Mollathauer lehnte eine weiter-
gehende Aenderung des Reichsbankstatuts, namentlich in Bezug auf
§ 6, ganz entschieden ab.

Der französische Finanzminister Chéron hat nach Rücksprache
mit Mollathauer an Cardin ein Telegramm geschickt, in dem
er heißt, Mollathauer befaßt auf Grund einer Vereinbarung mit
Schacht, daß die Reichsbank direkt und loyal an der Ausführung des
Haager Planes mitarbeiten würde auf der Grundlage einer Aende-
rung des Reichsbankgesetzes. Diese Mitwirkung würde sofort er-
folgen, ohne die Aenderung des Gesetzes abzuwarten. Die Reichs-
bank wird infolgedessen den auf sie entfallenden Anteil des Ka-
pitals der Bank für internationale Zahlungen zeichnen.

Was diese Meldung auch die Weiterarbeit im Haag trotz Schachts
Sombes sichern, in der prinzipiellen Seite der Reichsbank würde da-
mit nichts geändert. Und gerade auf die grundsätzliche Seite der
Reichsbankstatuten kommt es an wie eine kurze Betrachtung der
Sachlage darstellt!

Die im Damesplan zusammengeschafte Neuregelung des Reichs-
bankstatuts wollte u. a. verhindern, daß der Staat mit der Notenbank
Mißbrauch treibt, was während des Krieges und nach dem Kriege
tatsächlich geschehen ist. Der Boden wurde aber überbaut, und es
entstand ein Bankwesen, das dem Reichsbankpräsidenten die Mög-
lichkeit gab, Mißbrauch mit dem Staate zu treiben. Es hat sich ge-
zeigt, daß man in Dr. Schacht den Mann fand, der von dieser Mög-
lichkeit den weitesten Gebrauch machte. Man mag die Ereignisse im
Haag auf das Konto des Charakters dieses Mannes schreiben, aber
wie dem auch sei: Jetzt muß mit Nachdruck die Forderung erhoben
werden, die bisherigen Vorurteile zu ändern, die den deutschen
Reichsbankpräsidenten glauben machen, den Diktator spielen zu
können.

Es ist daher höchste Zeit, soll das demokratische System nicht ernst-
lich gefährdet werden, darauf hinzuwirken, daß die demokratischen
Sicherungen auch gegenüber der Notenbank schleunigst wieder ein-
gebaut werden. Die Frage der Reichsbankorganisation ist eben, wie
schon jetzt herausgestellt hat, keine belanglose Fachfrage; sie ist bei der
ungeheuren Macht der Notenbank auf allen Gebieten der
Wirtschaftspolitik mit einer Lebensfrage der Demokratie.

Wie die Sicherheiten beschaffen sein müssen, auf deren Einbau
man jetzt drängen muß, ist gewiß mehr eine technische Frage, aber
das Pariser Organisationskomitee den Mächten im Haag präsen-
tiert hat, müssen doch einige Worte über diese Frage gesagt werden.
Autonomie der Reichsbank gemäßigt wird. Die Leitung einer Noten-
bank ist in weitgehendem Maße eine Personenfrage und wenn bei
der Bestellung des Notenbankpräsidenten dem Staat ein geübter
Einfluß gesichert wird (absolutes Einpruchsrecht gegen die Nomi-

nierung durch den Generalrat) so ist einigermassen die Gewähr da-
für gegeben, daß die Politik der Notenbank sich auf der Linie der
Staatspolitik bewegt. Ausreichend ist aber diese Sicherheit, soweit
es sich um die Persönlichkeit des Reichsbankpräsidenten handelt, nur
dann, wenn keine Amtszeit möglichst kurz ist und das Reich auch das
Recht auf die Abberufung des Reichsbankpräsidenten im Notfall er-
hält, und nicht nur, wenn er die Statuten des Bankgesetzes verleiht
— eine Bestimmung, die in der Regel auf dem Papier stehen bleiben
dürfte —, sondern auch wenn er in einen öffentlichen Widerspruch
mit der Gesamtpolitik des Reiches gerät.

Ueber die Person des Reichsbankpräsidenten hinaus geht es, die
Reichsbank zu einer Institution umzugestalten, die sich in die demo-
kratische Organisation des Staatsweins einfügt. Die demokratischen
Elemente, die in die Reichsbank eingebaut werden müßten, könnte
der Generalrat werden. Aber was das Organisationskomitee aus
dem Generalrat machen will, ist das Gegenteil von Demokratie: Die
heutigen deutschen Mitglieder des Generalrats, die ausschließlich
prominente Vertreter des Finanzkapitals sind, sollen das Recht ha-
ben, drei weitere Mitglieder hinzuzuwählen. Das ist Verewigung
der Herrschaft des Finanzkapitals innerhalb der Reichsbank, des-
selben Finanzkapitals, über das die Notenbank die Kontrolle führen
soll. In diesem Punkt liegt die unerträgliche Bestimmung des
projektierten Bankgesetzes. Sie zu ändern muß Deutschlands gegen-
wärtige Hauptfrage sein. Der Generalrat soll mit allen seinen
Funktionen bestehen bleiben, aber als eine demokratische Institution,
worauf ausdrücklich gesagt werden muß, daß zur Herrschaft auch der
Arbeiter gehört.

Schließlich ist noch ein Verbindungsstück zwischen der Reichsbank
und der Reichsregierung unerlässlich, das die Autonomie der Reichs-
bank nicht antastet, aber die dauernde Fühlung zwischen den beiden
Stellen aufrecht erhalten soll. Diese Aufgabe muß dem Reichs-
bankpräsidenten gestellt werden. Das ist aber eine Aufgabe, die nicht auf
dem Gebiet der Rechnungsprüfung liegt, wie die des Präsidenten
des Rechnungshofes, sondern eine wirtschaftspolitische Aufgabe, mit
der die Regierung einen wirtschaftspolitischen Sachmann ihres Ver-
trauens beauftragen muß.

Das sind die wichtigsten Punkte, die aus dem Falle Schacht ge-
zogen werden müssen. Werden sie heute nicht assoziert, benötigt man
sich damit, die Reichsbank zur Beteiligung an der internationalen
Zahlungsbank zu zwingen, so ist damit, selbst bei einem Sturz
Schachts, keine Gewähr gegeben, daß der Fall Schacht sich nicht bald
in erneuter Auflage wiederholt. Wir wollen die Demokratie, wir
brauchen hierzu jedoch ihre dauernde Sicherung und dazu brauchen
wir im demokratischen Staat eine demokratische Reichsbank.

Die Reichsregierung muß berechtigt sein, den Reichsbankpräsi-
denten abzuwählen, wenn die Politik des Reichsbankpräsidenten sich
mit der Reichspolitik nicht mehr verträglich. Das ist eine Forderung,
die mit der Frage der inneren Autonomie der Reichsbank oder gar
mit der Frage der Währung nichts zu tun hat. Die Verfassung die-
ser Forderung wird die Währung nicht berühren. Alle Bestimmungen
im Reichsbankstatut, die sich auf die Währung bzw. Währungs-
festigkeit beziehen, bleiben in Kraft. Geändert sollen und müssen
nur jene Bestimmungen werden, die es dem Reichsbankpräsidenten
bisher ermöglichten, zum Schaden des deutschen Volkes und der
deutschen Wirtschaft mit dem Staat Mißbrauch zu treiben.

fort mit Schacht!

Der Vorwärts erhebt heute in großer Aufmerksamkeit die not-
wendige Forderung: Fort mit Schacht! Er nennt die Präsi-
dentenwahl des Herrn Schacht einen fürchterlichen Schandensatz für die
Reichsbank und einen unerträglichen Zustand für den Staat.
Gerade das Theater, das Herr Schacht am Montag im Haag auf-
führte, hat einen neuen unwiderleglichen Beweis dafür geliefert,
daß Schacht ein unzulässiger Reichsbankpräsident ist,
und daß er verschwinden muß. In weiter schärfen zu lassen wie
bisher, heißt die Verfassung verletzen, den demokratischen
Staat entmachten, dem internationalen Finanzkapital die
Herrschaft überlassen. Weil wir das nicht wollen, darum fort
mit Schacht! So denken heute in Deutschland Millionen
gemeinlich organisierter Arbeiter, Millionen Wähler der so-
zialdemokratischen Partei, Millionen überzeugte Republikaner. Eine
Volksbewegung ist im Gange. Wer in Deutschland oder im Ausland
Politik treibt, wird gut tun, mit dieser Tatsache zu rechnen.

Afghanistan bezahlt Aman, Allahs Schanden

Der frühere König von Afghanistan, Aman Allah, hatte, als
er feierlich in Deutschland war, hier Waren für mehrere Mil-
lionen Mark gekauft. Die Reichsreditgesellschaft ge-
währte ihm laut Berliner Tagblatt einen Kredit in der Höhe
dieser Beträge. Jetzt hat die neue afghanische Regierung
mitgeteilt, daß sie die Waren übernehmen und den Kredit fun-
dieren werde.

Ausschluß zum Klagemauerstreit

Genf, 14. Jan. Zur Regelung des Streits um die Klagemauer
in Genf hat der Ausschuss der Völkerbundrat heute abend die Ein-
setzung eines Dreierausschusses, dem der Rat mit einigen Vorbe-
halten zustimmte. Die drei Mitglieder sollen jedoch keine bür-
gerlichen Staatsangehörigen sein.

Haushaltsberatung im Landtage

G. Sch. Der neugewählte badische Landtag hat gestern mit
der Beratung des Voranschlags für den Haushalt 1930/31
begonnen. Der Herr Staatspräsident und Finanzminister Dr.
Schmitt las dazu die einleitende Regierungserklä-
rung vor. Herr Dr. Schmitt befaßt nicht den Ehrgeiz, mit
wenigen Sätzen möglichst viel zu sagen, er ist von kanzelei-
mäßig juristisch-bureaucratischer Gründlichkeit, die sich in wo-
chenlanger sorgfältiger Vorarbeit vorgenommen hat, in alle,
aber auch in wirklich alle Einzelheiten hineinzufügen und
sie ausgiebig zu erläutern. Seine Rede umfaßte 19 gedruckte
Spalten — rund 1600 — in Worten geschrieben jechs zeh-
nhundert — Druckzeilen. Dabei zu beachten ist, daß der
von Herrn Dr. Schmitt erdortete Voranschlag die drei
wichtigsten Ministerien noch gar nicht enthält, nämlich
die Staats des Innens, des Unterrichts und des Finanz-
ministeriums. Andere bestehende Phantasie reicht nicht zu der
Vorfstellung aus, wie lange die Rede des Herrn Staats-
präsidenten geworden wäre, wenn er gestern über alle
Staats hätte sprechen müssen.

Allen bösen Reichsreformlern oder gar Anitariern sei es
doch eindringlich gesagt: wir in Baden haben tatsächlich
noch unsere Landes- und Stammeseigentümlichkeiten. Und
— Himmelsheiligensgottfakament! — die lassen wir uns auch
so leicht nicht rauben. Der Landtag hörte in einfach muster-
gültiger und sanfter Ruhe zu; nur von den Bänken der
Badsifraktion und von den Bänken, wo der Bod-
am Gärtner bestellt worden ist, waren gelegentlich unarti-
kulierte Laute zu vernehmen. Aber piano!

Gewiß — die Rede des Herrn Staatspräsidenten war lang,
sehr lang sogar, und als Reichsparlamentarier könnte einen
das Grauen paden bei dem Gedanken, daß etwa der Herr
Reichsfinanzminister auf dem Einfall käme, seinen zehn-
milliardenet mit der gleichen Gründlichkeit dem
Hohen Hause am Plage der Republik in Berlin vorzulegen,
aber, man weiß es ja aus der Geschichte: die Preußen schienen
schneller. Arbeitet man sich durch die gestern gehaltenen Rede
des Herrn Staatspräsidenten durch, dann kann man ihr, end-
lich und glücklich am Ende angelangt, das Zeugnis nicht ver-
weigern, daß sie vom Geiste wirklicher und ernsthafter Staats-
verantwortlichkeit getragen ist, daß aus ihr der Wille und
die Arbeitskraft von Männern spricht, die der gleichenden
und so leichten Phrase abhold sind, die Argumente lieben und
sich bemühen, die Tatsachen zu sehen, wie sie eben sind.
Jede, heute doppelt schädliche Schwarzmalerei, wurde vermei-
den, aber auch die sinnlose Schwarzmalerei, die ja heute ein
so beliebtes deutsches Unterhaltungsspiel für alle politischen
und sonstigen Spießbürger ist. Wir unterstreichen zustimmend
den Satz in der Regierungserklärung: „Es ist unsere
Pflicht, der allgemeinen Mutlosigkeit und
Hoffnungslosigkeit entgegenzutreten.“
Und das klare und offene Bekenntnis zur republikanischen
Staatsform, der Treue zum Reichsgedanken, das nicht
minder klare und eindeutige Bekenntnis zur ehrlichen Ver-
ständigungspolitik, werden bei der überwiegenden
Mehrheit des badischen Volkes Zustimmung finden. Nicht
minder auch die energische Betonung, daß die Beamten
dem Staate zur Treue verpflichtet sind; der folgende
Satz in der Regierungserklärung verdient in allen Hörsälen
und Schulstuben Deutschlands angeschlagen zu werden:

„Auch der staatsbürgerlichen und republikanischen Er-
ziehung aller Lehrer muß große Aufmerksamkeit zugewendet
werden. Dem hohen Amte der Jugenderziehung kann sich nur wid-
men, wer sich zum Staate positiv einzustellen vermag.“

Mögen Nazifolzi und Moskowiter auch schreien, wir be-
grüßen es, daß Herr Dr. Schmitt gestern namens der
Staatsregierung erklärte:

„Die Regierung wird die Verfassung in Gesechabung und Ver-
wahrung durchführen und sich für ihre Beachtung durch jeber-
mann im Volke einsetzen, gebotenenfalls mit den
Mitteln des Staates; die Regierung ist übersemt,
damit dem äußeren und inneren Frieden zu dienen.“

Wir sind dessen auch sicher, daß die Mehrheit des badischen
Volkes durchaus zustimmt, wenn die Regierungserklärung be-
tont, daß Stetigkeit in der Politik nicht nur eine not-
wendige Voraussetzung für erfolgreiche Arbeit ist,
sondern auch Vertrauen hervorruft. Wir werden, wie in
der Vergangenheit so auch in der Zukunft, die maßmal außer-
ordentlich gesteigerten Ansprüche der Kirchen bekämpfen
müssen, aber wir sind bereit zu einer Politik, die den Fried-
den zwischen Staat und Kirche verbürgt.

Der Staatsvoranschlag selbst bietet kein erfreuliches
Bild — und er kann auch keines bieten. Ledet schon
das Reich unter schweren Finanznöten, müssen Länder wie
Baden bei der Finanzregelung zwischen Reich und Länder
erst recht leiden. Selbst Preußen mit seinen viel stärkeren
wirtschaftlichen und finanziellen Kraftquellen hat das
erfahren müssen. Das kleine Land Baden, das zu alledem
noch auf 440 Kilometer Grenzland geworden ist, ist schwer
getroffen durch die finanzielle und wirtschaftliche Entwicklung.
Hat es auch keine besorgniserregende Verschuldung, die
Kassen schwächen und die ebenfalls da und Aus-
gaben mühten in der jüngsten Vergangenheit aus Aufleihe-
mitteln bestritten werden, die in den ordentlichen Etat hinein-
gehören. Dazu kommt, daß die Aufwendungen für die drei

Hochschulen die Kraft des Landes bereits überschreiten und die Mehrausgaben, die aus der vom Reichstag beschlossenen Besoldungsordnung das Land mit annähernd anderthalb Duzend Millionen belasten. Wenn in der Rede des Staatspräsidenten ziemlich bittere Klagen gegen die Reichsgesetzgebung auf steuerlichem und finanziellen Gebiete geführt wird, so vermögen wir nicht zu widersprechen. Die Steuer- und Finanzgebarung des Reichs in den letzten fünf Jahren war nur zu oft eine üble, um nicht zu sagen unverantwortliche Gelegenheitsgesetzgebung, die heute sowohl das Reich selbst, wie die Länder und die Gemeinden hart büßen müssen. Die Sozialdemokratie kämpft seit Jahren, leider im allgemeinen erfolglos, gegen diese Gesetzesmacherei. Wie im Reich, so stellt auch in Baden die schwebende Schuld eine stetige Gefahrenquelle dar, die endgültig und gründlich zugestopft werden muß, sollen nicht neben dem Reich auch die Länder in beschämende und untragbare Abhängigkeit vom privaten Finanzkapital geraten. Und wir stimmen Wort für Wort der Regierungserklärung zu, wenn sie sagt:

„Die Finanzen des Reiches müssen saniert werden, das ist aber nicht denkbar und auch nicht möglich, ohne daß das Reich gleichzeitig auch an die Sanierung der Finanzen der Länder und Gemeinden denkt. Eine Sanierung bloß der Reichsfinanzen ist nur Stückwerk. Eine Sanierung der Reichsfinanzen, welche wie bisher oder wie bei der Besoldungsordnung einfach über die Länder und Gemeinden hinwegschreit und diese einem ungewissen Schicksal überläßt, ist eine Ungerechtigkeit, gegen welche wir mit Nachdruck Stellung nehmen müssen.“

Wir stimmen zu, sofern Deutschland sich auch in Zukunft den Luxus leisten will, achtzehn Länder mit sogenannter Eigenstaatlichkeit aufrecht zu erhalten. Wir glauben aber, daß die Zwangsläufigkeit der Zukunft zu einer wirtschaftlichen und grundlegenden Reichsreform führen werden. Und darüber gleitet die gestrige Regierungserklärung mit weitläufigen vierundvierzig Zeilen hinweg. Sie scheint kampfeslustig an die Grenzpfähle faum noch lebensfähiger Länder zu stellen, mag in Wahlveranstaltungen gelegentlich vortrefflich sein, vom Standpunkt des gesamten deutschen Volkes aus gesehen solche Wachtparaden an den Ländergrenzpfählen nicht gerade imponierend.

Daß unter den leider einmal gegebenen Verhältnissen zahlreiche, dem Landtag und der Regierung unterbreitete Wünsche und Forderungen nicht erfüllt werden können, trotzdem ihre Notwendigkeit und Dringlichkeit nicht bestritten werden kann, muß hingenommen werden. Es wird da gerade für die beiden Regierungsparteien im weiteren Verlaufe der Staatsberatung manche harte und bittere Stunde geben, weil sie weder der agitatorischen Phrase noch der unverantwortlichen Staatsgestaltung unterliegen dürfen.

Nach der Regierung haben nunmehr die Parteien das Wort. Es wird schon interessant sein, sie und ihre Argumente zu hören.

Württemberg und Baden

Lehrreiche Finanzverhältnisse

Stuttgart, 14. Jan. (Eig. Meldung.) Der württembergische Landtag ist am 14. Januar nach längerer Pause wieder zusammengetreten und begann seine Beratungen mit der ersten Lesung des Haushaltsplanes für 1930. Wie aus der Rede des Finanzministers Dr. Bahlinger, mit der die Verhandlungen eingeleitet wurden, zu entnehmen war, ist

Die Finanzlage des Landes als günstig

zu bezeichnen, da der Staat bisher ohne Aufnahme von schwedenden oder dauernden Schulden durchgekommen und das Betriebskapital der Staatsverwaltung in der vollen Höhe von 16 Millionen Mark vorhanden ist. Das ist die Folge der günstigen Abchüsse aller Etatsperioden seit der Ueberwindung der Inflationszeit bis zum Jahre 1928. Auch der noch nicht abgeschlossene Etat von 1929 dürfte durch die aus den vorausgegangen Jahren übernommenen Restmittel ausgeglichen werden können.

Preußischer Unterrichtsminister und Radio

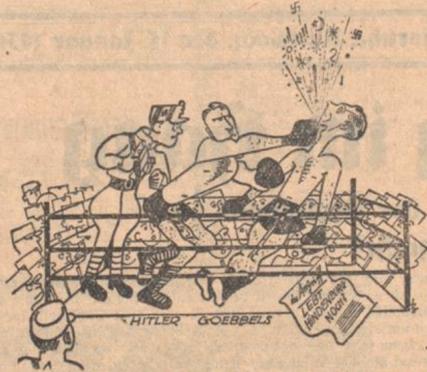
Der Preußische Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung Professor Dr. Beder ist vom Bundesvorstand des Arbeiter-Radio-Bundes Deutschlands E. B. gebeten worden, dem Ehrenausschuß der von der Ortsgruppe Berlin des Bundes für Ende Februar dieses Jahres geplanten künstlerischen Veranstaltung, die weitere finanzielle Mittel für die soziale Radiobühne beschaffen soll, beizutreten. Minister Dr. Beder beabsichtigt der Bitte zu entsprechen.

Hitler gegen Goebbels

Die Beleidigungsklage des Reichspräsidenten von Hindenburg gegen den Berliner nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten Goebbels scheint zu recht unangenehmen Folgen für Goebbels zu führen. Hitler hat den Abg. Goebbels als Gauleiter der Nationalsozialisten in Groß-Berlin auf vier Wochen suspendiert und an seine Stelle den Reichstagsabgeordneten Straffer, dem man nachsagt, daß er zu den ausgesprochenen Gegnern des Disziplinierten gehört, inzwischen mit der Führung betraut.

Der Kampf um die Meisterschaft in der NSDAP.

Goebbels mußte wegen „schwerer Erkrankung“ einen vierwöchigen Urlaub antreten.



Hitler landet einen Rechts auf Goebbels Kinnspeige und schießt ihn bis vier (Wochen) in das Land der Träume.

Das Republiksschutzgesetz

Die 1. Lesung im Ausschuss beendet

Der Straftatensanktionsausschuß des Reichstags beendete die erste Lesung des Gesetzesentwurfs zum Schutz der Republik.

§ 11, der die Beschlagnahme und Einziehung des Vermögens von Vereinen zuläßt, deren Zweck den Strafbestimmungen des Gesetzes oder den Vorschriften des Strafgesetzbuches über den Hochverrat zuwiderläuft, wurde mit einem Zusatz angenommen, daß aus dem eingezogenen Vereinsvermögen Gläubiger, des Vereins, befriedigt werden können, wenn es zur Vermeidung von Härten erforderlich erscheint.

§ 12 bedroht denjenigen mit Strafe, der sich an einem aufgelösten Verein als Mitglied beteiligt, oder ihn auf andere Weise unterstützt, oder den durch den Verein geschaffenen organisatorischen Zusammenhalt weiter aufrecht erhält, ferner wer ein Mitglied eines aufgelösten Vereins oder ein auf frühere Zugehörigkeit zu ihm hinweisendes Abzeichen öffentlich trägt.

§ 13 läßt die Beschlagnahme von Druckschriften ohne richterliche Anordnung für den Fall zu, daß eine der im Republiksschutzgesetz oder in den Hochvertratsbestimmungen und den im § 110 des Strafgesetzbuches bezeichneten Handlungen begangen ist.

Darlehenskasse in Schwierigkeiten

Stuttgart, 14. Jan. (Eig. Meldung.) Der Darlehenskassenverein in Sulzbach a. d. Murr ist in große finanzielle Schwierigkeiten geraten. Obwohl zur Deckung des Defizits ein Vorstandsmitglied 20.000 Mark, verschiedene Aufsichtsratsmitglieder 47.000 Mark und ein Fabrikunternehmen 47.000 Mark beisteuern werden, bleibt noch ein Betrag von 220.000 Mark ungedeckt, wobei jedes einzelne Vereinsmitglied einen Betrag von 700 Mark aufbringen haben wird. Man will versuchen, den Verein zu sanieren, da sonst viele kleine Leute, auch Arbeiter, ruiniert werden würden.

Papageieneinfuhrverbot für Hamburg

Der Hamburger Senat hat eine Verordnung erlassen, nach der die Einfuhr von Papageien und Sittichen bis auf weiteres verboten ist. Die Verordnung bestimmt, daß in besonderen Fällen der Landesminister unter Anordnung der erforderlichen Sicherungsmassnahmen Ausnahmen von dem Verbot zulassen kann.

Tardieu erwartet normalen Konferenzverlauf

Paris, 14. Jan. (Eig. Draht.) In einem am Dienstag vormittag abgehaltenen Ministerrat erklärte Tardieu über die Fortschritte der Haager Konferenz Bericht. Tardieu gab insbesondere seiner Genehmigung darüber Ausdruck, daß der Expeditionsversuch des Schachts von sämtlichen Delegationen einstimmig abgelehnt worden ist. Tardieu sprach ferner die Hoffnung aus, daß dem Zwischenfall eine prompte Regelung folgen werde. Er unterstrich schließlich das einheitliche Vorgehen der Gläubigermächte während der bisherigen Verhandlungen und stellte fest, daß auch zur deutschen Delegation gute Beziehungen herrschen.

Kommunisten wollen Arbeiterblut fließen sehen

Die Kommunisten Nordwestdeutschlands rufen durch Plakate und Pressenschriften zu einem Massenmarsch nach Hamburg auf, wo am 1. und 2. Februar ein Bezirkskongreß der revolutionären Gewerkschaftsorganisation stattfinden soll.

Mit dem Aufzug verbunden sind Drohungen gegen die Sammler der Polizei, von der bei dieser Gelegenheit, wie es in der kommunistischen Presse heißt, „neue Proletariermorde“ bestimmt erwartet werden.

Aufsehend will man wieder einmal zu höherer Ehre Moskaus Arbeiter vor die Gewehre treiben.

Kommunistenkrawalle in Worms

Worms, 14. Jan. Montag nachmittags fand hier eine von den Kommunisten einberufene Gewerkschaftsversammlung statt. Etwa 500 Personen saßen im Anhörsaal in kleinen Gruppen nach dem Marktplatz, obwohl mit Rücksicht auf die Vorkommnisse am letzten Freitag ein Umsatz polizeilich verboten war. Hier hielt der kommunistische Landtagsabgeordnete Müller abermals eine Rede, nachdem auch in der Versammlung gegen die Polizei in ausgiebiger Weise gehetzt worden war. Da eine öffentliche Veranstaltung verboten war, schritt die Polizei ein, um die Leute abzuwehren. Der Landtagsabg. Müller forderte, die Polizeibeamten zur Säuberung des Platzes und der Straßen schreiten, öffentlich zum Widerstand gegen die Polizei auf mit den Worten: „Nieder mit der Polizei!“ Im Laufe der Säuberungsaktion, bei der mancher mit dem Gummistockel Bekanntschaft machen mußte, wurden sechs Personen amnestisch, gegen die ein Verfabren wegen Landfriedensbruchs eingeleitet wird.

Worms, 14. Jan. Am Dienstag ist es wieder zu einer Erwerbslosenkundgebung gekommen, in deren Verlauf ein junger Mann durch einen Kopfschuß getötet worden ist.

Mißtrauensvotum in Sachsen

Dresden, 14. Jan. (Eig. Draht.) Die sächsische Regierung blieb am Dienstag bei der Abstimmung über ein Mißtrauensvotum gegen die Gesamterziehung mit 47 gegen 42 Stimmen in der Weizsäckerzeit. Für das Mißtrauensvotum stimmten die Sozialdemokraten, die Kommunisten und die Altschlafisten, die vier Demokraten enthielten sich der Stimme, während drei Abgeordnete der Aufwärtspartei vor der Abstimmung den Saal verlassen hatten. Das Mißtrauensvotum als nicht angenommen, weil nach der sächsischen Verfassung ein Mißtrauensvotum nur dann angenommen betraachtet werden kann, wenn von den 96 Abgeordneten 49 für das Votum gestimmt haben.

Vor der Abstimmung über den Mißtrauensantrag stand ein nationalsozialistischer Mißtrauensantrag gegen den am ersten sozialdemokratischen Parteitag geborenen Arbeits- und Wohlfahrtsminister Eisner zur Beratung. Die Nationalsozialisten lehnten ihren Antrag mit dem Hinweis auf die Verluste der sächsischen Volkspartei beim Seidemannkongreß und mit anschließenden Mißtrauensanträgen gegen Eisner ab. Die übrigen Parteien lehnten die Abstimmung über die in Frage stehenden Vorwürfe im Reich des Arbeits- und Wohlfahrtsministeriums noch nicht ab, weil die Mißtrauensanträge hätten sie aber Minister Eisner durch den Ministerpräsidenten bereits sagen lassen, daß er ihr Vertrauen nicht mehr besitzen könne. Eisner habe ausgenutzt, sein Mißtrauensvotum einzureichen. Diesen Vorwurf behauptete der Ministerpräsident auf sozialdemokratische Anträge. Daraufhin erklärte Abg. Böchel (Soz.), daß auch die sozialdemokratische Fraktion sich der Stimme enthalten werde, da der Rücktritt Eisners bereits feststehe.

Berlin verbietet Umzüge

Berlin, 14. Jan. Die KPD hatte zu MassenDemonstrationen für heute aufgerufen. Da mit Zusammenstößen gerechnet werden mußte, hat der Polizeipräsident alle Versammlungen unter freiem Himmel und alle Umzüge verboten.

Evas Weg

Erzählung von Elisabeth Thommen

Copyright by Dreß Fülki, Zürich

(Nachdruck verboten.)

9) Eva wird nachdenklich. Langsam beginnt sie an die Zufriedenheit dieser Ehe zu glauben. Aber ist denn das noch eine Ehe, wenn die Frau wie der Mann außerhalb des Hauses arbeitet? Sicherlich nicht eine im gewöhnlichen Sinn, überlegt Eva. Aber wo steht es denn geschrieben, daß man immer alles gleich tun muß, wie es unsere Väter und Urgroßväter taten? Ist denn nicht alles auf der Welt Bewegung? Steht denn irgend etwas still? Wer weiß, wer weiß...

„Liebt dich dein Mann denn noch gleich wie am Anfang?“ fragt da Eva plötzlich. Mit überbatiem Ton überdeckt sie den tiefen Ernst ihrer Frage.

Wenig ist zuerst verblüfft über die plötzliche Gesprächswendung. Sie denkt ein kurzes Weildchen nach und meint: „Wie am Anfang?“

„Und — wie nimmst du denn das an?“

„Und — wie soll ichs denn aufnehmen?“ wundert sich Renne.

„Ganz aut. Es geht jetzt ganz aut, sag ich dir. Zuerst meinte ich freilich auch, ich habe etwas verloren, aber das ist im Grund gar nicht wahr. Ich habe dafür auch etwas gewonnen etwas Neues, Schöneres. Wir sind jetzt wie zwei Freunde: Nehmen uns so, wie wir sind. Stellen nicht Ansprüche, die wir beide doch nie erfüllen können. Paub, anfangs wollte er mich immer nach einem bestimmten System modeln, und ich ließ ihn auch nie in Ruhe. Aber jetzt sind wir Kameraden. Wir haben so viel Gemeinsames, worüber wir reden können: das Geschäft, die Musik, der Garten, die Vorträge, die wir besuchen, unsere Freunde — und dann die Belo, die Belo nicht zu vergessen!“ flüster Renne lachend bei. Dann schließt sie ab: „So nun hab ich aber gerade genug von mir gelaubert. Nun erzählst mir auch etwas von dir.“

„Was soll ich denn von mir erzählen?“ fragt Eva wortlos.

„Nun“, ermuntert Renne, „wie geht es dir denn?“

„Ach, so so!“

„Reichnest und mast du fleißig?“

„Reichnen? O, die längste Zeit rührte ich keinen Stiff an. Jetzt eher wieder.“

„Ach, wie schade, wie schade! Du bist so begabt, so sehr begabt! Sammerichade!“

Eva lacht aheria nach dem aufrichtigen Ton in Kennes Stimme. Wie wohl ihr das tut, daß jemand sagt, sie habe irgendwo eine Begabung, sie könne etwas! Wie es sie anfaßelt, sie befriedigt und ihr doch zugleich als heftig schmerzender Dorn im Fleisch faden bleibt!

„Ich dachte immer, du wärest pießelicht Malerin,“ meint da Renne.

„Deren gibt es doch schon allzuvielle. Mit ihren ewigen Blumen und Stillleben! Was hat denn das für einen Sinn!“

„Aber es gibt doch auch praktische Verwendungen deines Talents!“ — Was treibst du denn eigentlich, damit dir das Leben nicht allzu schal und langweilig vorkommt?“

„So, ich setze eben die Haushaltung, wie die andern Frauen meines Standes auch,“ gibt Eva etwas von oben herab zur Antwort. Die unausgöhrte Frage bringt sie in Verlegenheit. „Awar,“ flüst sie wahrheitsgemäß hinzu, „Marie belorot alles so aut wie selbständig, aber trotzdem — es gibt da und dort zu tun. — Mein Mann sieht es übrigens gern, wenn ich mich damit befaße.“

O, wie lieb es auch die klügliche Frau, in unbequemen Lagen den bequemen Gatten als unantastbares Drafel vorzuschieben. Mein Mann sagt... Mein Mann findet... Mein Mann wünscht... Mein Mann ist auch der Ansicht... Das macht sich so aut, nicht wahr, das hänt der Frau ein so schönes Mäntelchen der Demut und der ehelichen Abhängigkeit an, das man überall, besonders in Frauenkreisen, so sehr zu schätzen weiß!

„Du Armes, Armes,“ sagt Renne sehr herzlich. „Da fihst du also den ganzen Tag in deiner Praktikumswohnung und wartest, wartest, bis dein Mann nach Hause kommt und dir von der Fülle der Ergebnisse da draußen etwas mitbringt! Kein Wunder sieht du so blaß und müde aus. Dies ewige Warten auf etwas, das doch nie eintrifft — denn es ist ja eigentlich doch nicht der Mann, worauf man wartet, sondern man sehnt sich unendwärt nach ganz andern Ertüllungen!“ — dies Worten wirkt auf die Länge schlörend.

„Woher weißt du denn das alles?“ wundert sich Eva. „Du bist doch nicht viel älter als ich.“

„Ach, man macht so keine Erfahrungen. Ich bin doch schon viel herumgelaufen und da beobachtet man allerlei.“

„Aber was soll man denn gegen diese Zustände tun?“

Eva sagt es müde und hoffnungslos, ohne weiter eine Fröhlichkeit vorzutäuschen, die nicht in ihr ist.

„Das Leben ist für uns Frauen gar nicht so handkehrum losen. Das Leben ist für uns Frauen gar nicht so einfach, wie man immer meint. Es mag an der Zeit liegen, die nach vorwärts drängt — was mehr man! Jeder muß eben seinen Weg selber suchen. Es führt mehr als einer nach Rom.“

„Wäste ich nur wie, wie...“ flüst Eva.

„Schid doch deine Marie weg,“ rät Renne unmissig.

Eva erwidert: Sie hat auch schon daran gedacht, in Zeiten, da das Leben ihr allzu amedios vorgekommen ist. Aber nein, das konnte ihr keine Erlösung bringen, ihr r nicht ändern vielleicht wohl. Und außerdem: Triß würde keine alte treue Haushälterin nie fortziehen mögen.

Jeder muß eben seinen Weg selber suchen, Klingt es wie ein Echo in Evas Innern.

„Sieh,“ unterdrückt Renne ihre Gedanken, „darf ich offen reden: es ist irgenwem nicht gerechtigt, wenn zwei Personen ihre ganze Leibes, ihre ganze Arbeitskraft dazu verwenden, damit eine dritte ein schönes Heim hat! Und dann: Soll denn ein einziger Mann drei ermahnte Personen ernähren? Ja, wenn eine der Arbeitskräfte durch Kinder beansprucht wird, dann wohl...“

„Wie meinst du denn das alles?“ fragt Eva verwirrt. „Ich verstehe rein gar nichts.“

„Nun,“ lacht Renne, „es ist nicht so schwer. Ich meine es doch bloß so: mir scheint, in unierer heutigen schweren Zeit sei es schon viel mehr ein Mensch sich selber durchs Leben drinat, sich mit seiner Hände Arbeit ernähren kann. Es ist aber bereits verunberühlt, wenn ein Mensch — dein Mann zum Beispiel — zwei erwachsene Personen ernähren kann, ohne daß die eine zum Unterhalt so oder so etwas beiträgt: sich und seine Frau. Aber gleich drei Personen: sich, seine Frau, seine Moad — da muß eine Kraft einfach drauf liegen bleiben — da hinst mit irgend etwas nicht.“

„Warum soll es denn nicht können, wenn doch das Geld aut ausreicht?“ widerspricht Eva. „Sollen es denn alle Menschen täfheit haben?“

(Fortsetzung folgt.)

Badens Konjunktur-Verschlechterung

63 660 Arbeitslose in Baden

Das Landesarbeitsamt Südwestdeutschland teilt mit: In der Berichtszeit vom 2. bis 8. Januar 1930 hatte die Steigerung der Arbeitslosigkeit in Südwestdeutschland nicht mehr den Umfang wie in den letzten Tagen des alten Jahres. In der Anspruchnahme der Arbeitslosenversicherung allerdings hat sich in der ersten Woche des neuen Jahres die Verschlechterung, die der Arbeitsmarkt in den Tagen vor und nach Weihnachten erlitten hatte, in besonders starkem Maße ausgewirkt.

Der Stand an unterstützten Arbeitslosen war am 8. Januar 1930 folgender:
In der versicherungsmäßigen Arbeitslosenunterstützung 95 051 Personen (82 329 Männer, 12 722 Frauen);
in der Arbeitslosenunterstützung 11 117 Personen (8649 Männer, 2468 Frauen).

Die Gesamtaahl der Unterstützten stieg um 10 430 Personen oder um 10,9 v. H. von 85 788 Personen (81 517 Männer, 14 271 Frauen) auf 106 188 Personen (90 978 Männer, 15 190 Frauen); davon kamen

auf Württemberg 42 508 gegen 37 906 und auf Baden 63 660 gegen 57 882 am 31. Dezember 1929.

Im Gesamtvergleich des Landesarbeitsamts Südwestdeutschland kamen auf 100 Einwohner 21,1 Hauptunterstützungsmittler am 8. Januar 1930 gegen 20,4 zur gleichen Zeit des Vorjahres.

Besonders stark waren die Zugänge zur Arbeitslosenunterstützung immer noch aus den Bauereifen; doch kamen diese Zugänge zum größten Teil aus dem alten Jahr. Die günstige Witterung hat eine kleine Erleichterung der Lage herbeigeführt dadurch, daß viele Bauarbeiten, die unterbrochen waren, wieder aufgenommen wurden. Einige Arbeitsämter konnten wieder Vermittlungen in geringem Umfang vornehmen. Die Zahl der in den Maßnahmen der werkschaffenden Arbeitslosenfürsorge beschäftigten Kraftsundarbeiter betrug über 1700 Mann gegen 1500 in der Vormoche. In der Industrie der Steine und Erden ist nicht nur keine Besserung, sondern in fast allen Betriebszweigen sogar eine weitere Verschlechterung der Arbeitsmarktlage eingetreten. Von einem Fortlandsementwerk wurden allein 250 Arbeiter entlassen. Im Bergbau wurden die von der Reichsbahn und Reichslohn beschäftigten Auslastungskräfte wieder entlassen; auch über Entlassungen von Streckenarbeitern wurde in mehreren Bezirken berichtet. In der Rheinisch-Westfälischen Kohlenindustrie war der Bedarf an Schiffspersonal und Hafenarbeitern ziemlich lebhaft.

Die Bauwirtschaft war mit ihren Kräfteanforderungen für das Frühjahr immer noch sehr zurückhaltend. Die Forstwirtschaft gab weitere Kräfte frei, doch ist in den Hauptbezirken der Beschäftigungsstand noch befriedigend.

Im Gast- und Speisewirtschaftsgewerbe hat die Vermittlungstätigkeit nach den Feiertagen nachgelassen; nur eine gesteigerte Nachfrage nach Küchenmädchen war zu verzeichnen. Die Personalanforderungen der Winterfurloren hielten sich in sehr engen Grenzen. Stimmlich beliebt war die Nachfrage nach häuslichem Dienstpersonal. Gejuchst wurden in fast allen größeren Orten tüchtige Kleinmädchen, Köchinnen und Zimmermädchen und verlässliche Kindermädchen. Das zur Verfügung stehende Angebot genigte aber hinsichtlich ihrer Ausbildung und Kenntnisse nur zum kleinen Teil den Anforderungen der Hausfrauen. Im Feinvertriebsgewerbe ist das Vermittlungsgeschäft zurückgegangen.

In der Industrie war die saisonmäßige Abwägung der Vertriebsgüterindustrie noch nicht besonders stark, so daß sich die Gesamtlage in der ersten Woche des neuen Jahres nicht mehr erheblich verschlechtert hat. In der Metallindustrie war teilweise ein leichtes Aufleben der Vermittlungstätigkeit für Spezialkräfte zu beobachten. Im allgemeinen neigt die Lage noch zur Abwägung. Verschlechte Entlassungen wurden aber nur in der badischen Uhrenindustrie gemeldet. In größerem Umfang dagegen wurde Einführung von Kurzarbeit berichtet. In der Textilindustrie hat eine Textilfabrik 34 Entlassungen vorgenommen; im übrigen erst der Beschäftigungsstand keine merkliche Einbuße. In der Lederindustrie wurden viele Sattler und Tapezierer entlassen. Eine Kofferfabrik wurde stillgelegt. In der Papierindustrie wurden von einer Kartonagenfabrik weitere hundert Arbeitskräfte entlassen.

Im Holz- und Schnitstoffgewerbe ist die rückläufige Bewegung immer noch nicht zum Stillstand gekommen. Von den Entlassungen wurden in erster Linie wieder die Sägemerksarbeiter und dann die Hobel- und Kaufstenerer betroffen. Auch die Harmonikaindustrie und die Melodeonindustrie nahmen Entlassungen vor. Im Holzwaren- und Genussmittelgewerbe haben die saisonmäßigen Entlassungen in der Zuckerindustrie begonnen. Die Entlassungen in der

badischen Zigarrenindustrie hielten sich noch in engen Grenzen; Kurzarbeit dagegen wurde in einigen Betrieben für mehrere hundert Arbeitskräfte eingeführt. Im Bekleidungs- und Textilgewerbe war ein ziemliches Abflauen der Beschäftigung zu verzeichnen. Schneider und Schneiderinnen und Modistinnen meldeten sich an vielen Orten arbeitslos. Die vor mehreren Wochen stillgelegte Schuhfabrik hat ihren Betrieb wieder aufgenommen und die entlassenen Arbeitskräfte zum großen Teil wieder eingestellt. In den Anstelltenberufen hat sich die Lage neuerdings bedeutend verschlechtert, insbesondere ist die Unterbringung von Technikern zur Zeit nicht möglich.

Weiterer Arbeitslosenanstieg im Reich

Nach den endgültigen Berichten der Landesarbeitsämter ist die Zahl der Hauptunterstützungsmittler in der Arbeitslosenversicherung in der zweiten Dezemberhälfte um 340 000 Personen, d. i. rund 24 Prozent, gestiegen. Sie betrug am Schluß des Jahres 1929 etwas über 1 1/2 Millionen und lag damit um ungefähr 70 000 über der Zahl des Vorjahres. Die Zahl der unterstützten Männer hat in der zweiten Dezemberhälfte 1929 um fast 300 000 zugenommen, so daß sie am 31. Dezember fast einundhalb Millionen erreichte, während die der unterstützten Frauen sich auf etwas über 300 000 belief. Aus der Statistik für 1929 wurden am Jahresende 210 000 Arbeitslose unterstützt (170 000 Männer, 40 000 Frauen). Im Vorjahre waren es 124 000.

Innenminister Frick.



„Man beschuldigt Sie hochverräterischer Umtriebe. Zunächst aber darf ich Sie wohl begrüßen, wir kennen uns vom Hitler-Putsch her.“

Aus aller Welt

Grüekinsturz

Moosburg an der Isar, 14. Jan. Gestern verunglückte an der Baustelle des Dampfbetriebes durch den Einsturz eines Gerüstes ein Arbeiter tödlich, 10 Arbeiter wurden schwer und drei leicht verletzt.

Opfer Tögners noch nicht ermittelt

Regensburg, 14. Jan. Dem Polizeibericht zufolge kommt der als vermisst gemeldete Nahrungsmittelreisende Georg Tögners als Opfer des Mörders Tögners nicht in Frage. Es wurde festgestellt, daß Tögners am 29. November vor, in einer Brauerei in Rehheim übernachtete und daß er am 4. Dezember gelegentlich einer Wohnvermittlung in Inzellstadt als Dispositioner auftaucht und sich seit Januar in Marktbreit aufhält.

Nationalsozialist Schwarz melbet sich

Der vermisste Nationalsozialist Ernst Schwarz hat sich durch eine Postkarte bei seinen Angehörigen gemeldet. Sein Verschwinden hat damit eine harmlose Aufklärung gefunden.

Unschuldigmachung einer Einbrecherbande

Kiel, 14. Jan. Eine Einbrecherbande von neun Personen, die der Kieler Geschäftswelt in den letzten Monaten erheblichen Schaden zugefügt hat, ist von der Kieler Kriminalpolizei unschuldig gemacht worden. Der Bande, die bei ihren Einbrüchen moderne Werkzeuge und Apparate benutzte, hat u. a. die leinereit gemeldeten Geldschrankteinbrüche in der Kieler Filiale der Bremer Erdkaffe und im Finanzamt Kiel ausgeführt. Bisher konnten ihr 25 Einbrüche in Kiel nachgewiesen werden. Der Führer der Bande hat fälschlich nach seiner Verhaftung Selbstmord begangen.

Ueberfall im Tögnersprozess

Berlin, 14. Jan. (Sig. Draht.) Auf Karamudje, einen der Hauptangeklagten im Tögnersprozess wurde nach Schluß der Dienstgouvernementverhandlung ein Ueberfall verübt, als er das Kriminalgebäude verließ. Die Angreifer waren Kommunisten, die auf Karamudje mit Säcken einschlugen.

Ein Franzosenpöbel

wurde in Cannstatt in der Person des Hauswarts Heinz Schilling aus Wims verhaftet. Schilling hat, wie sich jetzt herausgestellt hat, im November 1928 mehrere Beamte und Arbeiter der Reichsgouvernementsverwaltung in Mainz und Koblenz gegen Bezahlung bei den Franzosen wegen angeblicher Spionage denunziert, was zu ihrer Verhaftung führte. Auf seinen eigenen Wunsch wurde er damals von den Franzosen mitverhaftet, um den Verdacht der Denunziation von sich abzuwenden. Die Verhafteten mußten dann, da ihnen nichts zu beweisen war, nach etwa 7 Monaten Untersuchungshaft wieder entlassen werden und fanden darunter auch Schilling. Die Denunziation im unbesetzten Gebiet. Nachdem jetzt Schilling damaliges Verhalten festgelegt worden ist, wurde er jetzt in Cannstatt verhaftet.

Wieder ein Kassenbote überfallen

Ein neuer Raubfall ist in Berlin auf einen Kassenboten verübt worden. Der 62jährige Kassenbote Max Faustmann, der bei der Innungsstrassenkasse der Tischlerinnung angestellt ist, hatte heute vormittag in der Stadtbank 5000 M. abgehoben. Er trug das Geld in einer Aktentasche. Als er zu dem im ersten Stock des Hauses Michael-Kirchstraße 15 gelegenen Räume der Kassenkasse aufstieg, stand auf der Treppe mehrere junge Leute. Einer von ihnen stellte dem alten Mann ein Bein, so daß er zu Fall kam. Er wurde dann mit einem Gummihüpfel und einem harten Gegenstand auf den Kopf geschlagen. Gleichzeitig versuchte man, ihm die Tasche mit dem Gelde zu entreißen. Faustmann schrie um Hilfe. Eine Frau kam hinzu, worauf die Räuber von ihrem Opfer abließen und die Treppe hinuntereilten.

D-Zug-Kofferdieb gefaßt

Dank der umsichtigen Arbeit der Reichsbahnpolizei des Direktionsbezirks Frankfurt gelang es dieser Tage, einen recht gefährlichen D-Zugdieb, der einschlägig bereits schwer vorbestraft ist, das Handwerk zu legen. Allein in den Tagen vom 30. Dezember bis zum 7. Januar wurden nicht weniger als fünf Fälle der Unterhaltungsstelle gemeldet, in denen Reisenden auf dem Bahnhof oder während der Fahrt die Koffer aus dem D-Zug gestohlen worden waren, am 7. Januar mittags zwei weitere Fälle. An Hand der von den betroffenen Reisenden gemachten Angaben gelang es nach ein selbigen Tage durch konzentriertes Vorgehen der Bahnpolizei den Dieb zu fassen. In seiner in einer auswärtigen Stadt befindlichen Wohnung wurde ein ganzes Warenlager von gestohlenen Wertgegenständen, Uhren, Silbergegenständen und andere Wertobjekte beschlagnahmt, weitere noch reichere Diebesbeute wurde anderweitig sichergestellt. Die gesamte Beute konnte mit Ausnahme zweier Röhren, die der Dieb auf der Strassenbahn im Stiefel sich, wieder beigebracht werden. Insgesamt stellt die Beute einen Wert von über 10 000 M. dar.

Für rauhe Hände TUBE -35-60-85 KALODERMA GELEE

Tobende Sturmgewalten

Aus allen Teilen des westlichen Teiles des europäischen Kontinents laufen seit Tagen Diablosstöße über verheerende Stürme her, die bald diesen, bald jenen Landstrich mit besonderer Bestiart heimsuchen. Während zunächst hauptsächlich die Seegebiete, so die britische Küste und die französische Küste schwer getroffen worden waren, haben die Sturmgewalten nunmehr auch auf die Küstengebiete des deutschen Reiches, auf die Nordsee, auf die Ostsee und auf die Ostsee übergegriffen. Die Wut dieser Stürme bildet die fortgesetzte heftige Atlantikstürme im atlantischen Ozean. Fast täglich bilden sich neue Depressionen westlich Island und im Bereiche des Golfstromes aus und flauern mit großer Geschwindigkeit ostwärts auf das Festland zu. Innerhalb dieser Sturmwirbel ist das Barometer in der letzten Zeit mehrfach zu einer selten beobachteten Tiefe, einmal sogar unter 700 mm abgesunken. Zu gleicher Zeit heftete über dem Kontinent relativ hoher Luftdruck, in der Regel belief sich dieser in unseren süddeutschen Breiten auf 750 mm. Auf verhältnismäßig kurze Entfernungen hin sind somit sehr scharfe Luftdruckgegensätze vorhanden, die seit Wochen häufig mehr als 50 mm betragen. Diese letztere Tatsache bedingt in erster Linie das rasche Aufkommen schwerer Stürme.

wesentlich der Wichtigkeit an und rufen dementsprechende schwächere oder stärkere Störungen hervor.

Die Windwirkung ist häufig eine sehr verschieden geartete. Die getroffenen Gegenstände werden durch sie in Schwingungen versetzt und können, wenn die Stöße in den richtigen Zeiträumen wiederkehren, die Schwingungswerten mehr und mehr vergrößern, bis schließlich der Gegenstand, z. B. ein Schornstein, eine Kirchturmspitze, freistehende Baumstämme, selbst ein freistehender Eisenbahnwagen und ähnliches zum Umsturz gebracht wird. In unseren Breiten gehört es schon zu einer Seltenheit, wenn die Windstärke 90 Sekundenmeter überschreitet. In trockenen Gebieten wurden bei Sandstürmen, in den Nordamerika bei den „Hissars“ benannten furchtbaren Schneestürmen oder den „Tornado“ Gefährdungen von 50—60 Sekundenmeter gemessen. Derartige Stürme führen stets zu einer Katastrophe, da sie bei den erreichten Geschwindigkeiten alles, was auf ihrer Zugbahn liegt, zu vernichten pflegen. Die derzeitige an der Nordseeküste und an den Küstengebieten Großbritanniens häufigen Sturmwirbel bergen aber gleichfalls insofern schwere Gefahren in sich, als ihre einzelnen Wäden das Meeresspiegel in wichtigen Wogen aufpeitschen und auf diese Weise riesige Wellenmassen an den Strandbereiche und in den Flussbetten hervorruhen, wodurch sich ausgebreitete Ueberschwemmungen von Landstrecken entwickeln. Hier wirken also die Sturmwäden im Verein mit den Meeresswellen zu einer besonderen elementaren Gewalt zusammen. S. C.

Absonderliches von milden Wintern

Die schonlose, ununterbrochene Witterung, die sich nun schon seit Wochen behauptet und infolge fortgesetzten Alpenföhnns namentlich in Süddeutschland geradezu frühlinghafte Stimmung in den Tälern und in der Niederung hervorruft, seitig allmählich die ersten bemerkenswerten Absonderlichkeiten eines wärmlichen „milden“ Winters. Dieser Tage konnte man mehrfach Kleingärtner beobachten, die in ihren Schrebergärten Gras schnitten. Und dieses Gras war gar nicht einmal schief gewachsen und hätte ganz bestimmt ein befeuchtetes Grünfütter abgegeben. Vereinzelt aber sah man noch mehr „Wunder“ in diesem „Eismonat“: Da und dort Raupen, die sich zu Jonnen verhielten, sogar Schnecken und Fliegen. Nun wird es sicherlich nicht mehr lange gehen und man wird staunend vernehmen, daß Haselnußtauben, Weidenläschen, Reichen und Primeln zu blühen sich ansetzen, daß die Frühblüher allgemein ihre Frucht ansetzen werden und daß auch gar bald in geschützten Lagen der Bergsträße die Mandelbäume ihre Knospen treiben werden.

Allerdings möge man nicht gleich damit kommen, „die ältesten Leute können sich eines solchen unruhigen milden Winters nicht erinnern“. Dies sind dann wirklich nur solche Veteranen des Lebens, deren Gedächtnis einen beachtenswerten Schwund aufweist. Denn zu allen Zeiten und gar nicht selten in diesem Jahrbuch gab es ähnlich lau und lind verlaufene Winterperioden, wie die diesjährigen.

Auch alte Chroniken berichten zur Genüge von absonderlich milden Wintern: Da war es z. B. im Jahre 1087 so warm, daß man schon im Mai ernten konnte und im August Weinlese abhielt. Im Jahre 1772 war der Winter so warm, daß die Bäume sich mit Laub bedeckten, schon Ende Januar die Vögel nisteten und im Februar Junge hatten. 1204 herrschte sogar von Ende Januar bis in den Mai hinein eine ununterbrochene Trockenheit und eine Hitze häufig wie im Hochsommer. Die Früchte mürbten und Hungersnot und Elend waren die Folgen. Im Jahre 1298 war der Winter so warm, daß im Rheinlande die Mädchen zu Weihnachten Kränze von Primeln und Veilchen, ja sogar von Kornblumen trugen. Im Neuenburger See haben in dieser Zeit sogar Kinder gebadet! Im Jahre 1420 waren Winter und Frühling so gelinde, daß im März die Bäume verblüht hatten, und man im April schon reife Kirchengelbe pflückte. 1529 hatte gleichfalls einen ungewöhnlich warmen Winter; es war schon im März so heiß, wie sonst im Johann, jedoch der Roggen in Aehren stand und man im April in Paris frische Mandeln verkaufte. 1572 schlugen im Januar die Bäume aus und brüteten im Februar die Vögel, 1585 stand an Ostern das Korn in Aehren. 1622 war der Februar so warm, daß man selbst im Norden Deutschlands die Dafen nicht heizte und im Februar alle Bäume blühten. Der Winter 1822 war in ganz Europa mild. In Rußland umfaßte er eigentlich wenig über einen Monat und selbst in Sibirien wurde er nur wenig empfunden. Selbst Nordamerika wurde damals beständig vom Warmluft überweht. In jüngster Zeit waren folgende Winter bemerkenswert milde: 1862/63 und 61/62, dann die Winter von 1865/66 und 1866/67, ferner 1868/69, 1872/73, 1873/74 und 1876/77. Daran fügen sich die berühmten Frühlingswinter von 1881/82, 82/83, 83/84, ferner 91/92, 97/98, 98/99 und 1899/1900; zuletzt waren sehr milde die Winter 1901/02, 02/03, 1903/04, 1912/13, 1915/16, sowie die Mehrzahl der Winter des letzten Jahrzehnts mit Ausnahme des verflohenen des Jahres 1928/29.

Die Statistik zeigt unabweislich das gruppenweise Auftreten der merkwürdigen Witterungserscheinung; und auch die Tatsache ist nicht abzuleugnen, daß milden Wintern fast immer milde, regnerische Sommer folgen, was daraus zu erklären ist, daß die Wettercharakteristik winterrig, wie sommers zumeist verlobenhaft von den atlantischen Sturmwirbeln bestimmt wird. c n.

Der Staatsvoranschlag 1930/31

Die Erklärung der Regierung - Treubekennnis zum Reich und zur Republik - Eine badische Sparkommission - Kampf der Arbeitslosigkeit - Der Staatsvoranschlag 1930/31 - Reichsfinanzreform erstes Erfordernis - Kritik am Verhalten des Reichs - Keuferste Sparfamkeit

h.w. Karlsruhe, 14. Januar 1930.

Präsident Dr. Baumbach eröffnet nach 1/4 Uhr die Sitzung. Eine große Menge Eingänge hat sich über die Reichsfinanzreform angesammelt, deren Verlesung geraume Zeit in Anspruch nimmt. Nach Beantwortung einiger kurzen Anfragen kommt der wichtigste Punkt der Tagesordnung zum Vorkurf:

Entgegennahme der Regierungserklärung - Vorlage des Staatsvoranschlags für die Jahre 1930 und 1931

Staatspräsident und Finanzminister Dr. Schmidt

führt in nahezu zweistündiger Rede etwa aus:

Entsprechend dem Wahlausfall und mit Rücksicht auf die praktischen Erfordernisse seit 1918 wird die neugebildete Regierung die seit elf Jahren verfallene badische Verfassung in gerader Linie fortsetzen. Zu einer ruhigen, stetigen, aber aufwärtsstrebenden Fortentwicklung zwingt auch die große Not, in der sich Reich und Land, Staat und Volk, Landwirtschaft, Industrie, Gewerbe, Handel, Kunst und Wissenschaft, Arbeiter und Arbeitgeber und Arbeitnehmer befinden. Die Notwendigkeit ist daher zu weitestgehender gemeinsamer politischer und wirtschaftlicher Zusammenarbeit entschlossen, so wie auch bisher ihre Arbeit in hohem Maße politisch-wirtschaftlich, handwerklich, reichsweit und dem Gesamtwohl förderlich war. Die Regierung führt sich auf eine feste Mehrheit des Landtags, die sie will und treu der Verfassung dem ganzen Volke dienen.

Treue zum Reich und Treue zur republikanischen Verfassung ist das erste und selbstverständliche, freudige Bekenntnis der neuen Regierung. Die Regierung wird die Verfassung in Geseßgebung und Verwaltung durchführen und sich für ihre Beachtung durch jedermann im Volke einsetzen, ebensowenig wie mit den Mitteln des Staates; die Regierung ist überzeugt, damit dem äußeren und inneren Frieden zu dienen.

Die badische Regierung ist der Auffassung, daß die

Außenpolitik des Reichs Zwangsläufigkeiten schafft und daß deswegen die Außenpolitik von der Außenpolitik der badischen Regierung weitgehend unabhängig ist. Die badische Regierung wird die Reichsregierung bei Fortsetzung ihrer Politik der Verständigung und des Bezugs auf Notwendigkeiten unterstützen und wird auch einer solchen neuen internationalen Neuordnung zustimmen, welche dem beteiligten Gebiete, auch dem badischen, endlich baldige Befreiung von fremder Belastung bringen, ausländische Vormünder in fremdem Lande befreien und dem deutschen Volk nicht bloß Souveränität, sondern auch weitestgehende finanzielle Erleichterungen hinsichtlich der Reparationen gewähren wird. Die badische Regierung ist aber auch mit Zustimmung der Reichsregierung, daß finanzielle Erleichterungen - soweit nur irgendwo möglich und zugleich insofern als nur möglich - nicht bloß zur Tilgung der Schulden, sondern auch zur Senkung der drückendsten Steuern verwendet werden müssen.

Die badische Regierung wird den von dem Reichsrat der Länderkonferenz und von deren Reichsratrat empfohlene Standpunkt mit Nachdruck vertreten, daß Baden zu den Ländern aller Art mit Eigenstaatlichkeit gehören muß.

Die Not in Baden beruht vorwiegend darauf, daß unser Land

Grenzland geworden ist. Nicht alle Stellen in Berlin und im sonstigen Deutschland hatten genügende Kenntnis von den schädlichen Wirkungen dieser Tatsache. Deswegen war die vierjährige, anstrengende Reise des Reichsrats nach Baden wertvoll und für das Verständnis bisheriger Verhältnisse förderlich. Wir hoffen, daß das Reichs-Grenzlandprogramm dem Reichsrat tragen wird.

Die Prüfung der Frage, ob eine

Verwaltungsreform im großen Stil in Baden eintreten soll oder kann, steht vor uns, daß zunächst die Reichsregierung selbst über diese Frage der Länder- und Verwaltungsreform grundsätzlich zu einem Ergebnis gelangt ist. Nachdem die Vorarbeiten einzelner Ministerien gesiegt hatten, daß wir bei einem Vergleich mit Württemberg im allgemeinen wertvolles Material erhalten, hat das Staatsministerium beschlossen, eine unabhängige Kommission von badischen Sachverständigen (in Anlehnung an das Wort Sparkommission, "Sparkommission" genannt) einzusetzen. Die Staatsregierung glaubt, auf diesem Wege am raschesten zu einem Ergebnis zu kommen.

Zwischen

Staat und Kirche herrscht in Baden Friede, und dieser Friede schafft Autorität und reichert den Staat und die Kirche die Erfüllung der hebrerischen Aufgaben. Auch die Frage des Abschusses einer verfassungsmäßigen Regelung des Verhältnisses zwischen dem Staat und den Religionsgemeinschaften in Baden rückt allgemach in den Bereich näherer Ermägenen. Voraussetzungen sind dem Landtag in der laufenden Budgetperiode hierüber ein Gesetzentwurf gegeben. Dieser wird im Sinne einer Erhaltung der guten Beziehungen des Staates zu den Religionsgemeinschaften gehalten sein.

Im ersten Reiche ist es die Aufgabe der Reichsregierung, durch Außenpolitik, Handelsvertragspolitik, Wirtschaftspolitik, Sozialpolitik und Fürsorgepolitik diejenigen Voraussetzungen zu schaffen, die erfüllt sein müssen, um die Notlage zu beheben oder zu mildern. Dann aber kommt hier die Selbsthilfe der Genossenschaften in Betracht, welche zu diesem Zweck einseitlich und kraft zusammengefaßter, gut geleiteter und auf dem Boden der Selbstverwaltung organisiert sein müssen.

Über auch der badische Staat hat zur Vinderung der Not alles das beizutragen, was überhaupt in seinen Kräften stand. Wirtschaftliche Unternehmungen, an denen der Staat weitestgehend beteiligt ist, haben z. B. im vergangenen kalten Winter 1928/29 bis zu 11 Millionen Reichsmark Arbeitsaufträge für Wasserstraßenwerke an die badische Industrie erteilen können, ohne dabei die außerordentliche Industrie auszuscheiden; die bevorstehende Rheinregulierung von Basel nach Kehl, die Erbauung der drei Rheinbrücken, der Bau des Schiffshebewerks, der Werke Koblenz-Schwärz, Dornern und Reisingen, die Kanalregulierung wird die badische Wirtschaft allgemein und wesentlich fördern. Das neue Werk Dornern ist im Begriff, Arbeitsaufträge für badische Arbeitgeber und Arbeitnehmer in Höhe von 700.000 M. zu geben, die Vereinnahmung badischer Staatsgüter in U.G. Aufträge bis zu 850.000 M., das Badenwerk wird neben kleinen Arbeiten im Laufe des Jahres für 1,8 Millionen Reichsmark Leistungsaufträge vergeben. Die Ausschüttung auf Schiffarmaturen des Rheins von Basel bis Schaffhausen rechnet sich; wir geben auch die Hoffnung auf Elektrifizierung der Rheinbahn als Glied der internationalen Linie St. Gallen-Schweiz-Deutschland-Dolland nicht auf.

In den Jahren 1928 und 1929 wurden bis jetzt Gemeinden für den Bau von Wasserleitungen und Dentsenwässerungen beihilft in Höhe von mehr als 600.000 M. aus Staatsmitteln gewährt. Dem Gewerbe hat die badische Regierung - abgesehen von den Beihilfen in der Gebäudewirtschaft, durch die weitestgehende Vereinnahmung bei der Gewerbesteuer, durch Leistungen für die Fach-

schulen - hauptsächlich durch die Regelung des Bauwesens Förderung angedeihen lassen. Zugunsten der Landwirtschaft hat der badische Staat z. B. nach den Rechnungsergebnissen von 1927 aus eigenen badischen Mitteln - also ohne Reichszuschüsse und ohne die Darlehen - rund 5 Millionen Reichsmark ausgeben. Für Gewerbe, Industrie und Handel hat der badische Staat 1927 nach Abzug der ihm zuzurechnenden Ertragsbeiträge zusammen 4,1 Millionen Reichsmark ausgeben. Dazu können gerechnet werden 3,7 Millionen Reichsmark ausgeben. Die Gewerbesteuer (Wert und Ertrag) hat 1927 ein Fünftel von 14,12 Millionen Reichsmark ertragen - allerdings ohne die auch dem Gewerbe sonst zu zahlenden Steuern, z. B. die Grundsteuer. Es ist also unrichtig, immer nur davon zu reden, daß die Steuer der Staat von der Wirtschaft erhebt; man muß auch beachten, daß der Staat nicht bloß reichhaltig für alle Volksgenossen Ausgaben leistet, sondern daß er auch für die einzelnen Stände ganz besondere Aufwendungen macht, welche sonst von der Wirtschaft selbst aufgebracht werden müßten.

Die Justizverwaltung wird auch künftig an der Befähigung des Reichsjustizrechts veranwortungsbewußt Anteil nehmen. Rechtsicherheit und Güte der Rechtsprechung zu erhalten, muß bei allen Maßnahmen oberstes Gebot sein. An gesetzgeberischen Aufgaben auf dem Gebiete des Reichsjustizrechts steht der Entwurf eines Gesetzes über die Vereinigung der Grundbücher im Vordergrund des Interesses. Das Gesetz soll die durch die Durchführung des Aufwärtensgesetzes entstandene Unübersichtlichkeit der Grundbücher, namentlich bezüglich des Ranges der Rechte, beseitigen; eine auf Anregung Badens vorgenommene Sonderbestimmung würde ermöglichen, in den badischen Grundbüchern rund 68.000 badische Vorzugs- und Interzessionsrechte, die einen Betrag von etwa 86 Millionen Reichsmark darstellen, aber längst gegenstandslos geworden sind, zur Löschung zu bringen.

Auf dem Gebiete des Reichsstrafrechts wird die Justizverwaltung weiterhin tatkräftig mitzuarbeiten haben in dem Entwurf eines Einführungsgesetzes zum allgemeinen deutschen Strafgesetzbuch und zum Strafvollzugsgesetz. Auf dem Gebiete der

Landwirtschaft werden Geleitzentwürfe über den landwirtschaftlichen Fachunterricht und über die Bekämpfung der Viehseuchen vorbereitet, während dem Landtag bereits Denkschriften über die landwirtschaftlichen Bodenbesitzverhältnisse in Baden und über die Vergrößerung der badischen Landwirtschaft unterbreitet worden sind. Mit Freude hat die Regierung die auf den Zusammenschluß der beiden großen landwirtschaftlichen Organisationen gerichteten Bestrebungen begrüßt und ist bereit, ihnen durch Uebernahme einer Staatsbürgerschaft zu einem abschließenden Abschluß zu verhelfen. Die Regierung ist sich der schwierigen Lage, in der sich die Landwirtschaft unteres Landes befindet, wohl bewußt und ist bereit, alles zu tun, was in ihren Kräften steht, um die Notlage zu mildern und ihr abzuhelfen.

Die Lage von Industrie, Handel und Gewerbe hat sich, wenn auch die Verhältnisse nicht in allen Zweigen gleich gelagert sind, in den letzten Jahren teilweise verbessert. Das Nachschien der inneren Kaufkraft konnte in dem langsam wieder steigenden Absatz deutscher Waren im Ausland noch keinen genügenden Ausgleich finden. Die Weltwirtschaftskrise deutscher Waren auf dem Weltmarkt wird durch die Höhe der Gestehungskosten, die durch eine Reihe von Umständen bedingt wird, ungünstig beeinflusst. Unter der allgemeinen Verschlechterung des Weltmarktes leidet unter anderem Seimantland ganz besonders, was sich ohne weiteres daraus ergibt, daß seine Grenzen im Süden und Westen in einer Ausdehnung von nicht weniger als 444 Kilometer mit der Reichsgrenze zusammenfallen.

Den besten Teilen der Amtsbezirke Kehl und Offenburg wendet die Regierung ihre besondere Aufmerksamkeit zu und gibt auch hier der bestimmten Erwartung Ausdruck, daß die noch bestehenden Gebiete des deutschen Westens in der ersten Hälfte dieses Jahres ihre völlige Freiheit wieder erlangen werden. Der darüberliegenden Wirtschaft des bestellten Ansaarlandes könnte durch die Zangriffnahme der beiden großen Projekte der Kanalverlegung und der Erstellung des Grenzbahnhofes Kehl mit einem Schläge ein starker Auftrieb gegeben werden.

Die Förderung des Wohnungsbaus durch öffentliche Baulandbesitz ist auch in den letzten Jahren fortgesetzt und möglichst gesteigert worden. Der Staat hat zu diesem Zweck einen großen Teil der Gebäudebesitzersteuer und namentlich Anleihenmittel verwendet, obwohl die Geldverhältnisse recht unglücklich waren. Es konnte infolgedessen eine weitestgehende Anzahl von Wohnungen erstellt und die Wohnungsnote in höherer Weise gemindert werden. Trotz dieser Anstrengungen besteht aber immer noch Mangel an mittleren und besonders an kleineren Wohnungen zu einem für die Beteiligten erschwinglichen Mietpreis. Es wäre volkswirtschaftlich verfehlt, wenn die öffentliche Hand die Erstellung von Wohnungen fördert, diese aber wegen unzureichender Höhe der Miete leer stehen würden. Ob eine weitere Förderung der Wohnungswirtschaft möglich sein wird, hängt von dem Umfang der Bautätigkeit und der Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse ab. Auf alle Fälle wird auch hierbei auf einen angemessenen Schutz der wirtschaftlich Schwachen zu achten sein.

Einige kleinere, durch die im Herbst 1930 bevorstehenden Kommunalwahlen erforderlich werdenden Vorlagen werden dem Landtag rechtzeitig vorgelegt. Des weitesten macht die wirtschaftliche Entwicklung die Überprüfung einzelner Bestimmungen des noch in der Inkraftsetzung ergrangenen Sparfahrgesetzes notwendig. Die Regierung wird der Tätigkeit des Arbeitsamtes wie bisher ihre volle Aufmerksamkeit schenken und für eine möglichst baldige Verabschiedung des Arbeitsamtesgesetzes eintreten. Bedauerlicherweise hat sich in den letzten Monaten die

Arbeitslosigkeit infolge beträchtlicher Verschlechterung der Wirtschaftslage auch in Baden erheblich vermehrt. Die Regierung wird sich bemühen, Arbeitslosengeldern zu schaffen, entgegen der dadurch, daß das Land selbst im Rahmen der ihm gegebenen finanziellen Möglichkeiten entsprechende Arbeiten ausführen läßt, oder dadurch, daß die Regierung bei den Körperschaften des öffentlichen Rechts Anregungen in dem gleichen Sinne gibt, gegebenenfalls unter Förderung aus Reichs- und Landesmitteln der wirtschaftlichen Arbeitslosenfürsorge. Bei diesem Anlaß glaubt die Regierung hervorheben zu sollen, daß die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung nach den bis jetzt gemachten Erfahrungen hinsichtlich der Förderung der wirtschaftlichen Arbeitslosenfürsorge bis jetzt, soweit ihr hierzu Mittel zu Gebote standen, auch für das Land Baden getreulich und mit warmem Interesse nachgeholfen ist. Wie bisher, wird die Regierung sich die Förderung der Arbeitslosenfürsorge im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten angelegen sein lassen. Die neuezeitliche Ausbildung der landlichen Sicherheitsorgane (Polizei und Gendarmerie) wird sich die Regierung wie bisher besonders angelegen sein lassen.

Der Ausbau der Volksschule unteres Landes zu höherer Leistungsfähigkeit ist schon um deswillen notwendig, weil eine starke Abwanderung aus der Volksschule in die höheren Schulen erfolgt; dies ist auf die Einstellung der Bevölkerung zurückzuführen, daß der Eintritt in höhere Lebensberufe nur durch den Besuch einer höheren Schule möglich ist. Die abgelschlossene Volksschulbildung muß auf hohem Stand gehalten werden. Dadurch werden für die Volkswirtschaft die Voraussetzungen geschaffen, die ihr eine Gesundung bringen sollen. Den Forderungen der Zeit entsprechend, ist der Umbau der allgemeinen Fortbildungsschule zur Berufsschule anzustreben. Aus diesem Grunde muß die Ausbildung der Lehrer in dieser Richtung weiter entwickelt werden. Bei der Ausbildung der Gewerbe- und Handelslehrer wird auch Rücksicht darauf genommen, daß die Verbindung mit der Praxis gefördert wird. Die Ziele dienen auch der Berufunterricht und des Lebensamtes. Zur vertieften Einführung in die Erfordernisse des praktischen Lehrberufs wurde der Vorbereitungsdienst der Lehramtsbewerber und der Lehramtsreferendare neu geregelt. Auch der staatsbürgerlichen und republikanischen Erziehung aller Lehrer muß große Aufmerksamkeit angewendet werden. Dem hohen Anteil der Jugendberufshilfe kann sich nur widmen, wer sich zum Staate positiv einstellt. Die Erziehung der Jugend im republikanischen Geiste und im Sinne der Verfassung von Reich und Land ist die Forderung der Regierung an die Lehrerschaft in allen Schulstufen.

Der Zugang zu den höheren Schulen am Ostern 1930 ist so stark, daß die Einrichtung von etwa 60 neuen Klassen notwendig wird. Die dadurch entstehenden höheren finanziellen Lasten sucht die Unterrichtsverwaltung unter anderem dadurch herabzubringen, daß sie die Deputatverteilung entsprechend regelt. Eine Vermehrung der Zahl der Professoren soll möglichst vermieden werden. Im übrigen aber sei ausdrücklich hervorgehoben, daß keine Maßnahmen des Wortes geredet wird, die geeignet sind, den Hochstand des höheren Schulwesens und die Leistungsfähigkeit des Lehrkörpers herabzubringen.

Ganz besondere Sorgen macht der Regierung das Hochschulwesen des Landes. Diese Sorgen liegen auf dem Gebiet der Finanzierung der Hochschulen. Für die Unterhaltung der Universität Heidelberg mußte schon die finanzielle Unterstützung des Reiches nachgefordert werden. Der Bau der Klinikanlagen in Freiburg kann nicht reiflos fortgeführt werden, es ist auch nicht möglich, die dringend nötigen Neubauten der Heidelberger Kliniken in dieser Budgetperiode in Angriff zu nehmen. Unter der Ungunst der wirtschaftlichen Lage und der finanziellen Not der freien Künste, Größere Staatsmittel zur Vinderung dieser Not wären wohl am Platze. Dies gilt auch für die Pflege der Künste im allgemeinen. Im Bereich des Finanzministeriums wird eine Veränderung des Feldberühmungsgesetzes vorbereitet. Entsprechend dem Beschluß des Badischen Landtags vom 13. Juli 1928 hat die Regierung den Entwurf eines Gesetzes über die Veränderung des Straßengesetzes vorbereitet. Damit steht im Zusammenhang die Prüfung der Frage einer Veränderung des Pfandgesetzes.

Eine Verabschiedung des Budgetplans wird auf eine Stellungnahme Badens zu dem umzustehenden Reichsbahneisen erforderlich machen. Baden steht auf dem Standpunkt, daß im neuen Reichsbahneisen der Einfluß des Reichs auf die Reichsbahn zu verstärken ist, namentlich auch auf dem Gebiete der Tarifgestaltung. Die badische Regierung wird ferner alles daran setzen, um möglichst mit der Verabschiedung des künftigen Reichsbahneisengesetzes die noch schwebenden Fragen der Eisenbahnabfindung und des Personalratsgesetzes in einer für Baden befriedigenden Weise geregelt zu sehen. Unsere Anstrengung wird auch dahin gehen, daß in diesem Zusammenhang endlich die Frage des Abschlusses von Betriebsverträgen für die zurückgebliebenen Eisenbahnen geregelt wird. Leider hat auch dieses Jahr die Reichsregierung auf die Frage, ob sie auf die Verjährungsperiode gegen unseren Anspruch auf den 1928er Jahreszins für die Eisenbahnabfindung in Höhe von rund 12 Millionen Reichsmark verzichte, keine rechtzeitige Antwort gegeben. Um der Gefahr der Verjährung vorzubeugen, mußte das Staatsministerium in den letzten Tagen des Dezember 1929 auch den Zins für 1929 vor dem Staatsgerichtshof einklagen.

In Artikel 129 Absatz 3 der Reichsverfassung ist bestimmt, daß dem Beamten gegen jedes dienstliche Strafverurteilung ein Beschwerdewege und die Möglichkeit eines Wiedernahmeverfahrens eröffnet sein muß. Dieser Vorschrift genügt das badische Beamtenrecht bis jetzt nicht. Es ist beabsichtigt, dem Landtag eine Uebernahme der Bestimmungen des Beamtengesetzes über die Dienstvorsitz vorzuschlagen, die der Vorschrift des Artikels 129 Absatz 3 der Reichsverfassung Rechnung trägt. Gleichzeitige wird auch eine Ergänzung des Beamtengesetzes nach der Richtung hin vorgeschlagen werden, daß die Bestimmungen des Reichsbeamtengesetzes über das Verhältnis und die Pflichten der Beamten gegenüber der Republik übernommen werden.

Zu geben nun zum

Staatsvoranschlag 1930/31 über. Es ist notwendig, daß die Bearbeitung des Staatsvoranschlags im Landtag möglichst bald in Angriff genommen werden kann, und daß die Regierung dem Landtag dabei möglichst rasch einen Entwurf vorlegt. Nun ist es zur Zeit aber nicht möglich, den gesamten Staatsvoranschlag vorzulegen, sondern nur einzelne Abteilungen und für einzelne Ministerien. Ich habe Ihnen den Staatsvoranschlag des Landtags, des Staatsministeriums, Justizministeriums sowie des Rechnungshofs unterbreitet; der Voranschlag des Innenministeriums wird in den nächsten Tagen, der des Finanzministeriums dann alsbald nachfolgen. Zuletzt kommt der Voranschlag des Finanzministeriums und das Finanzamt. Die Vorarbeiten für dieses getrennte Verfahren sind folgende: Ein endgültiges Finanzgesetz kann nicht vor Beendigung der Reichsfinanzreform vorgelegt werden; denn die

Reichsfinanzreform, so wie sie geplant ist, erschüttert die gesamten Grundlagen der Einnahmen.

Nicht nur sind die Quellen und die Höhe der Reichssteuererwerbungen unsicher, es läßt sich auch die Auswirkung der Reichsfinanzreform auf den Ertrag und die Gestaltung der Landessteuern nicht übersehen.

Wenn ich nun nach Bedenken mit dem Vorkommensauschuss nur den Staatsvoranschlag der einzelnen Ministerien vorlege, so können alle Beratungen und Beschlüssen nur mit dem Vorbehalt erfolgen, daß bei Vorlage des endgültigen Finanzgesetzes nicht einzelne Posten der schon beratenen Voranschläge einer Veränderung bedürfen.

Trotz der grundsätzlichen Bedenken gegen dieses getrennte Vorgehen bittet die Regierung in Uebereinstimmung mit der

Donnerstag Freitag Samstag Die letzten 3 Tage Inventur-Ausverkauf! Stoffe jeder Art Wintert-Mäntel im Preis nochmals herabgesetzt Damen-Kleider mit 33 1/3 Rabatt W. Boländer

Mehrheit des Reichsausschusses in die Beratung der einzelnen Abteilungen alsbald einzutreten und die Arbeit zu fördern. Die Beratung und Beschlussfassung ist möglich, da ich im nachstehenden die Grundlagen und die Grenzen bekannt gebe, von denen der neue Etat abhängig ist.

III. Das Staatsvermögen.

Bei der gesamten Finanzlage halte ich es für nötig, zunächst eine Übersicht über das Vermögen und die Schulden des Staates zu geben. Zwar ist das Vermögen teilweise schon durch den Bericht des Landständischen Ausschusses in der Landtagsitzung vom 21. November 1929 erörtert worden; aber ich halte es doch für notwendig, hier nochmals mehr zusammenfassend, eine kurze Darstellung zu geben und hauptsächlich auf die Vermögenswerte hinzuweisen, welche der badische Staat seit 1919 und gerade durch die Schuldenaufnahme erworben hat. Ich meine folgende Posten:

Table with financial data including Amortisationsfälle, Vermögen der ehemaligen Beamten, Darlehen, Wirtschaftsfonds, and Domänen. Includes sub-items a, b, c and various monetary values in Reichsmark.

Der Kapitalgrundstock beträgt rund 800 000 M. Nicht enthalten in dem bisher genannten Vermögen ist das jährliche übrige Vermögen der Staatsverwaltung, welche in Grund und Boden und Verwaltungsgebäuden besteht, mit einem Anschlag von 187 Millionen Reichsmark.

IV. Schulden.

Der Landtag hat die Regierung durch zahlreiche Gesetze seit 1919 ermächtigt, Kredite aufzunehmen in Höhe von rund 140 000 000 M. Diese Ermächtigung ist aber nicht voll ausgenutzt worden; die Anleihen des badischen Landes betragen vielmehr nach dem Stand vom 31. März 1929 71 889 000 M. Rennwert.

- 1. Die langfristigen Schulden sind zunächst gemacht worden für werbendes Vermögen und bilden insofern eine rentierende, vielfach auf rentierende Anlage; die Verwendung nach dem Barwert beträgt nach dem Stand vom 31. März 1929: für Kafi, für elektrische Werke, für Beamtenwohnungen, für Beamtenwohnungen aufgewendet, für Meliorationen, produktive Erwerbslostenfürsorge.
- 2. Man kann im Zweifel sein, ob man nicht auch Ausgaben aus Anleihen für den Straßenbau als werbende Ausgaben betrachten kann.
- 3. Der Kursesverlust durch Disagio bei sämtlichen bisher aufgenommenen Darlehen betrug 5 498 000 M.
- 4. Teil vom Landtag genehmigte Anleihen nicht erlangt werden konnten, müßten in der letzten Zeit deswegen rund 20 000 000 M. kurzfristige Schulden als Vorgriff für künftige Anleihen in gleicher Höhe aufgenommen werden.
- 5. Schulden anderer Länder.
- 6. Außer den Anleihen sind noch rund 34 Millionen Mark schwebende Schulden vorhanden. Die schwebende Schuld ist das Bedenkliche in einem Staatshaushalt.
- 7. Die Ursachen der schwebenden Schuld sind folgende:

a) Der Besoldungsaufwand. Eine Erhöhung der Besoldung war nötig; der Landtag hat sie deshalb mit überwiegender Mehrheit angenommen. Der Mehraufwand seit 1. Oktober 1927 beträgt jährlich rund 18 Millionen Mark. Im Rechnungsjahr 1928 sind aber aus dem Lande verbleibenden Reichsteuermehrerwerbungen nur rund 7 Millionen Mark gedeckt.

b) Die Ausgaben für die Eisenbahnrefabrikation. Eine Erhöhung der Besoldung war nötig; der Landtag hat sie deshalb mit überwiegender Mehrheit angenommen. Der Mehraufwand seit 1. Oktober 1927 beträgt jährlich rund 18 Millionen Mark. Im Rechnungsjahr 1928 sind aber aus dem Lande verbleibenden Reichsteuermehrerwerbungen nur rund 7 Millionen Mark gedeckt.

c) Eine weitere Ursache für die Fehlbeträge der Jahre 1928 und 1929 ist, daß der Ertrag der Grundsteuer um jährlich 2 Millionen Mark, also im ganzen um 4 Millionen Mark hinter dem Soll zurückgeblieben ist.

Da trat etwa im Mai 1929 die Wendung ein: Das Gesamtaufkommen der Lebersteuern ging zurück; das Reich fürzte die Lebersteuern zudem durch Gesetz, der Verteilungsschlüssel setzte sich zu Ungunsten von Baden; die badische Gebäudensteuer wird 1929 nur noch 65 Prozent des Soll (statt 80 Prozent) ertragen, auch die badischen Realsteuern gingen im Vergleich zu 1928 zurück.

Die Ausgaben für die Eisenbahnrefabrikation sind im Vergleich zu den Einnahmen zu rüsten haben — nicht umgekehrt —, und das ferner für jede Ausgabe die Deckung im voraus gesichert sein muß.

Bei den Gebäuden konnte im wesentlichen nur das zur Erhaltung unter Dach und Fach Nötige bewilligt werden. Im außerordentlichen Haushalt sind nur solche Ausgaben vorzulegen, die ohne großen Schaden nicht zurückgestellt werden können oder die der Erfüllung einer rechtlichen oder sittlichen Verpflichtung dienen.

Die Finanzen des Reichs müssen saniert werden; das ist aber nicht denkbar und auch nicht möglich, ohne daß das Reich gleichzeitig auch die Sanierung der Finanzen der Länder und Gemeinden denkt.

bei der Besoldungsordnung einfach über die Länder und Gemeinden hinwegzugesetzt und die einem ungewissen Schicksal überläßt, ist eine Ungerechtfertigkeit, gegen welche wir mit Nachdruck Stellung nehmen müssen.

Nach den Erklärungen der Reichsregierung stehen wir unmittelbar vor einschneidenden Reichssteuerreformen. Eine entsprechende Gesetzesvorlage ist dem Reichstag noch nicht vorgelegt. Auf alle Fälle ist dringend zu wünschen, daß die Reichsregierung dieses Mal in einer solchen Frage, die den Lebensnerv der Länder betrifft, vor der Fertigstellung der Gesetzesvorlage mit den Ländern rechtzeitig in Verbindung tritt.

Ein System, welches Dotationen des Reichs an die Länder immer weiter ausbauen wollte, ein solches Dotationssystem wäre abzulehnen. Die Länder wollen und müssen vielmehr eigene Steuern haben.

Der Anspruch des Landes Baden auf die Eisenbahnrefabrikation beruht auf einem feierlichen Staatsvertrag zwischen dem Deutschen Reich und den Eisenbahnländern. Wenn das Reich einen solchen feierlichen Staatsvertrag durch ein „Gesetz“ regeln will, so ist daran zu erinnern, daß Staatsverträge nicht durch einseitiges Gesetz aufgehoben werden können.

So kann ich meine Ausführungen zur Finanzlage des Landes in folgenden Sätzen zusammenfassen: Eine Deckung der Ausgaben durch die Einnahmen war nicht in vollem Umfang möglich. Während den Ausgaben eine steigende Tendenz innewohnt, sind die Einnahmen seit dem letzten Rechnungsjahr zurückgegangen.

Der Ausschuss beantragt, daß die Straßerfolgung des Abg. Wagner eingeleitet werden soll. Der Bericht des Ausschusses über den Antrag des Justizministers zur Straßerfolgung des Abg. Wagner.

Denkschrift des Innenministeriums betr. die Ausschreitungen bei den Vorbereitungen zur Landtagswahl. Der Ausschuss beantragt, daß die Denkschrift des Ministers des Innern Kenntnis zu nehmen und soweit Befehlsungen des Landtags darin enthalten sind, Straßerfolgung herbeizuführen.

Abg. Reinhold (Soz.) ist für die Aufhebung der Immunität des Abg. Wagner. Es muß in der Angelegenheit Klarheit geschaffen werden. Es ist notwendig, zu erfahren, ob es sich bei den Vorgängen in Karlsruhe um ein propagiertes Vorgehen der Nationalsozialisten handelt.

Der Ausschuss beantragt, daß die Straßerfolgung des Abg. Wagner eingeleitet werden soll. Der Bericht des Ausschusses über den Antrag des Justizministers zur Straßerfolgung des Abg. Wagner.

Veranstaltungen

Um das Gesicht der Grotte, Morgen abend findet in der Grotte der Tiergarten-Blitzlicht, wie bereits angekündigt, eine öffentliche Versammlung statt, in der über das Fortbestehen der Grotte entschieden werden soll.

Colosseumtheater. Wie uns die Direktion mitteilt, verabschiedet sich am Mittwoch, den 15. ds. Mts., abends 8 Uhr, das Schiller-Bauerntheater mit Robert Zerofal in dem großen Saal des Colosseums.

Die andere Seite. Man schreibt uns: Unter dieser Ueberschrift erschien in der Sonntagsausgabe der Badischen Presse der Artikel eines Theaterbeobachters, der sich über Mißstände beim Bad. Landestheater beklagt.

Die andere Seite. Man schreibt uns: Unter dieser Ueberschrift erschien in der Sonntagsausgabe der Badischen Presse der Artikel eines Theaterbeobachters, der sich über Mißstände beim Bad. Landestheater beklagt.

Wasserstand des Rheins. Badel 22, gef. 5; Waldsbut 21, gef. 5; Schupferinsel 88, gef. 9; Rahl 390, gef. 7; Mannheim 272, gef. 6; Caub 1.83.

Lichtspielhäuser

Die Redens-Blitzspiele (Waldstraße) zeigen ab heute im neuen Bogenplan die Greta Garbo-Großfilm: „Herrin der Liebe“, ein Filmwerk voll dramatischer Wucht und psychologischer Feinheiten.

Badische Lichtspiele. Um den Unzulügen, die bis jetzt in diesem Winter vergeblich auf den beleuchteten Schnee warten, der die Gelegenheit zur Ausübung einer der geliebtesten Sportarten des Winters bringt, ist, wenigstens einen kleinen Erfolg zu bieten, kommt ab Dienstag im Konzerthaus der herrliche Film „Wunder der Schneelandschaft“ für drei Tage auf den Spielplan.

Das Italien-Theater, Kaiserstraße 21, bringt für unsere Jugend ab Donnerstag bis einschließlich Samstag von 2.30-3.45 Uhr den wunderschönen Märchenfilm „Dorraschen“ nach der Erzählung von Gebrüder Grimm in 6 Akten.

Vorläufige Wettervorhersage der Badischen Landeswetterwarte. Voraussichtliche Witterung für Donnerstag, den 16. Januar: Fortdauer des bestehenden Witterungscharakters.

Table with 4 columns: City, 14 January, 13 January, 13 January. Lists exchange rates for Amsterdam, London, Paris, etc.

Briefkasten der Redaktion

D. Hübner. Karl Bibricher, Schützenstr. 16. Nr. 100. 6.30 M. U. D. Sie können eventuell Krifenunterstützung erhalten, je nachdem Ihre wirtschaftlichen Verhältnisse sind.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

Todesfälle und Beerdigungszeiten. 10. Januar: Anna Goos, alt 69 Jahre, ledig, Musiklehrerin. Johanna Mayer, alt 54 Jahre, Ehefrau von Wilhelm Mayer, Kaufmann.

Veranstaltungen

Bad. Landestheater: Die andere Seite. 20 Uhr. Colosseum: Lichtspielvorstellung: Robert Zerofal. 20 Uhr. Bad. Lichtspiele: Herrin der Liebe.

LEISTUNGSFÄHIGE SPEZIAL-FIRMEN

Advertisement for B.-U. Benzol/B.-U. Aral, Bezirks-Sparkasse Durlach, and other services. Includes contact information and tank stations.

Ihre Damen-Hüte kaufen Sie gut und billig bei Geschwister Gutmann

Advertisement for Gritzner (Nähmaschinen, Fahrräder), Badische Bank (Hinterlegungsstelle für Wertpapiere), and Dampfwalchanfalt C. Bardulch.

Trinkt Sinner Bier

